

Für den Landkreis Göppingen in Berlin



Ausgabe 14-September 2014

SPD

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

seit einigen Monaten wütet der Ebola-Virus in mehreren Ländern Westafrikas. Besonders betroffen sind Liberia und Sierra Leone, aber auch in Guinea bedroht der Erreger die Menschen. Die wirtschaftliche Entwicklung in den betroffenen Ländern ist nachhaltig gefährdet. Sie sind dringend auf Hilfe von außen angewiesen, da ihre nationalen Gesundheitssysteme bereits überfordert sind. In einem gemeinsamen Antrag der Regierungsfractionen haben wir die Bundesregierung daher aufgerufen, den deutschen Beitrag im Kampf gegen die Epidemie noch zu verstärken.

Bei einer Delegationsreise des Gesundheitsausschusses nach Kanada mit Stationen in Toronto, Ottawa und Vancouver habe ich interessante Einblicke in das kanadische Gesundheitssystem bekommen. Im Unterschied zu Deutschland werden die Gesundheitsdienste dort aus Steuermitteln finanziert. Jeder Bürger und jede Bürgerin hat den gleichen Anspruch auf ärztliche Versorgung sowohl im ambulanten wie im stationären Bereich. Ja, es ist nicht nur gesetzlich geregelt, sondern auch gesellschaftlicher Konsens, dass eine bevorzugte Behandlung bei Ärzten oder in Krankenhäusern gegen pri-

vate Bezahlung verboten ist. Und trotz relativ langer Wartezeiten selbst auf eine dringend notwendige OP sind 80% der Kanadierinnen und Kanadier sehr zufrieden mit ihrem Gesundheitssystem.

In dieser Woche wurden auch verschiedene Maßnahmen zur Bankenunion in Europa in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten. Systemrelevante Banken werden künftig durch die Europäische Zentralbank (EZB) überwacht – gemeinsam mit den national zuständigen Aufsichtsbehörden. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert schon länger gesetzliche Regelungen, um marode Banken sanieren oder abwickeln zu können, ohne dass die Steuerzahler haften. Damit sollen wieder mehr Stabilität und Schutz im Finanzsektor einkehren. Dass zukünftig zuerst die Aktionäre haften ist nicht zuletzt auf Druck der SPD-Fraktion zustande gekommen.

Ihre/Eure



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb



Pflegestärkungsgesetz

— Lob und Kritik

Deutliche Verbesserungen für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegende bringt das neue Pflegestärkungsgesetz. Dies wurde im Wesentlichen von den Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Verbänden bei der öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung an diesem Mittwoch bestätigt. Der Ausbau und die



Foto: © SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Flexibilisierung von Leistungen vor allem im Bereich der Kurzzeit-, Verhinderungs- sowie Tages- und Nachtpflege werden begrüßt. Bezüglich der Wirksamkeit des geplanten Vorsorgefonds, in den 0,1% der Beitragssätze (1,2 Mrd. Euro pro Jahr) fließen sollen, wurde von den Sachverständigen deutliche Kritik geübt.

Auch wir, die AG-Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion, werden im weiteren Gesetzgebungsprozess zusätzliche Verbesserungen einfordern. So sind auch wir der Überzeugung, dass der höhere Beitragssatz dafür eingesetzt werden sollte, dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken und das Geld besser in die Ausbildung zu investieren. Mit 1,2 Mrd. Euro könnten pro Jahr an die 70.000 Ausbildungsplätze in der Altenpflege finanziert werden.

Wichtig ist uns außerdem eine gute Bezahlung der Beschäftigten. Daher fordern wir die unter Schwarz-Gelb eingeführte Regelung zurückzunehmen, der zufolge die ortsübliche Vergütung (i.d.R. Tariflohnhöhe) nicht mehr Zulassungsvoraussetzung für die Pflegeeinrichtungen ist, in denen eine Pflegemindestlohnregelung wirksam ist. Denn dieser Mindestlohn liegt deutlich unter tariflichen Vereinbarungen und gilt sowieso nur für die Pflegehilfskräfte. Ein weiterer wichtiger Punkt für uns ist die gesetzliche Klarstellung, wonach eine Bezahlung der Pflegekräfte nach Tariflöhnen stets das geforderte Prinzip der „Wirtschaftlichkeit“ erfüllt und bei Vergütungsverhandlungen nicht als „unwirtschaftlich“ abgelehnt werden kann.



Staatsbürgerschaftsrecht

Das Gesetz zur Lockerung der Optionsregelung im Staatsbürgerschaftsgesetz hat im Bundesrat seine letzte Hürde genommen. Kinder von Eltern mit Zuwanderungsgeschichte müssen sich somit in Zukunft nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern entscheiden. Bislang wurden sie gezwungen, sich bis zum 21. Geburtstag zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Eltern zu entscheiden.

Die entsprechende Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts passierte am Freitag ohne Wider-



Landesverband Baden-Württemberg

Foto: © SPD-

spruch den Bundesrat. Für die neue Regelung haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beharrlich gekämpft und sie gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt.



Beruf und Familie vereinbaren

Immer mehr Mütter sind heute berufstätig und Väter nehmen selbstverständlich einen Teil der Elternzeit in Anspruch. Eine moderne Familienpolitik ermöglicht jungen Eltern in der „Rushhour des Lebens“ (Manuela Schwesig) im dritten und vierten Lebensjahrzehnt, diese berufliche Auszeit individuell und partnerschaftlich zu gestalten.

Viele junge Eltern wünschen sich einen früheren Wiedereinstieg aus der Elternzeit in die berufliche Teilzeit. Mit dem ElterngeldPlus werden sie dabei entlastet. Damit stärken wir auch die part-



Foto: © SPD-Landesverband Baden-Württemberg

nerschaftliche Arbeitsteilung in der Familie. Richtig finde ich: Wer sich gemeinsam um das Kind kümmert, wird länger gefördert.



TTIP/Ceta—Chancen und Risiken

Deutschlands Wirtschaftsleistung wird zu über 40% im Bereich der exportorientierten Industrie erzielt. Europaweit sind in diesem Sektor Millionen Menschen beschäftigt. Die geplanten Freihandels- und Investitionsabkommen mit den USA und Kanada sind daher wesentlich auch unter den Möglichkeiten für den europäischen Außenhandel zu betrachten. Starke Handelsbeziehungen kommen neben der Großindustrie vor allem dem Mittelstand zugute.

Der Deutsche Bundestag debattierte am Donnerstag über die beiden geplanten europäischen Freihandelsabkommen mit Kanada (Ceta) und den USA (TTIP).

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel warb nachdrücklich dafür, die Freihandelsabkommen nicht grundsätzlich in Frage zu stellen. Er bedauerte, dass viele Menschen in unserem Land den transatlantischen Freihandelsgesprächen mit Misstrauen und Angst gegenüberstehen. Freihandelsabkommen eröffneten vielmehr die Chance, Handelsbeziehungen nicht nur zu intensivieren sondern auch fair und nachhaltig zu gestalten. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel be-

kräftigte noch einmal, dass die Bundesregierung die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst nimmt. Zu einem Abbau von wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Standards dürfe es durch ein transatlantisches Freihandelsabkommen nicht kommen.

Deshalb hat die SPD auf unserem Parteikonvent am 20. September zum TTIP-Abkommen einige "rote Linien" gezogen. Es wurden Bedingungen formuliert, die Voraussetzung für eine Zustimmung sind: hohe Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutzniveaus. Außerdem müssen die ILO-Kernarbeitsnormen aufgenommen, das hohe Niveau des Sozialstaats geschützt und die Möglichkeiten zum zukünftigen Ausbau von Sozialstandards garantiert werden.

Die SPD setzt sich auch weiterhin dafür ein, dass die TTIP-Verhandlungen breit, transparent und wo nötig auch kritisch, öffentlich begleitet werden können. Im Beschluss des SPD-Parteikonvents bekräftigen wir auch unsere Kritik an Investor-Staat-Schiedsverfahren. Zwischen entwickelten Rechtssystemen halten wir sie für grundsätzlich entbehrlich.



Termine 29. September - 5. Oktober 2014

Montag, 29. September, 10:30 Uhr
Gespräch mit dem Betriebsrat von WMF

Dienstag, 30. September, 11:15 Uhr
Impulsvortrag zum Thema Rehabilitation auf dem Europäischen Gesundheitskongress, München

Dienstag, 30. September, 18:10 Uhr
Podiumsdiskussion „Prävention—Jeder will sie, keiner tut's?“ auf dem Europäischen Gesundheitskongress, München

Mittwoch, 1. Oktober, 15:30 Uhr
Besuch beim Internationalen Bund Eislingen

Mittwoch, 1. Oktober, 19:00 Uhr
ASF Veranstaltung zur Sterbehilfe, Stadthalle Eislingen

Montag, 6. Oktober - Freitag, 10. Oktober
Sitzungswoche in Berlin

Montag, 6. Oktober, 19:00 Uhr
Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin

Freitag, 10. Oktober, 15:00 Uhr
Jubiläumsfeier 175 Jahre Wilhelmshilfe, Göppingen

Samstag, 11. Oktober, 12:30 Uhr
Promi Bierverkauf für Kaiser-Brauerei Kumpf, Gebauer Geislingen

Samstag, 11. Oktober, 16:30 Uhr
20 Jahre Jugendgemeinderat Geislingen



**ANPACKEN.
FÜR UNSEREN
LANDKREIS.**



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Bürgerbüro



Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 988 36 44

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb